



Barthle-Brief

Nr. 74

Berlin aktuell
Die Woche im Bundestag

22.3.2013

Thema der Woche:

Zypern muss einen substantiellen Beitrag leisten! Kein Hilfsprogramm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns

Die Eurogruppe hatte sich anlässlich ihrer Beratungen zu einem Hilfsprogramm für Zypern am 15. und 16. März auf Maßnahmen verständigt, die Zypern für die Gewährung einer Finanzhilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) umzusetzen hat. Dazu gehören die Schrumpfung des Bankensektors, die Eigentümer- und Gläubigerbeteiligung an der Bankenrestrukturierung, eine umfangreiche Haushaltskonsolidierung, die wirksame Bekämpfung der Geldwäsche und die Nachverhandlung eines russischen Kredits an Zypern. Zur Ausgestaltung dieses Programms hatte Zyperns Regierung unter anderem angekündigt, eine einmalige Stabilitätsabgabe auf Bankeinlagen von In- und Ausländern zu erheben, die Zinsertrag- und Körperschaftsteuer anzuheben und Staatsbetriebe zu privatisieren. Das zyprische Parlament hat allerdings an diesem Dienstag seine Zustimmung für die Abgabe auf Spareinlagen verweigert. Seither gibt es keine Basis für ein europäisches Rettungspaket für das Land.

Nach der Entscheidung des zyprischen Parlaments erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle: „Wir können die gestrige Ablehnung der einmaligen Abgabe auf Spareinlagen durch das zyprische Parlament nicht nachvollziehen. Wir halten die Entscheidung für einen schweren Fehler. Zypern selbst hat vergangenes Jahr einen Hilfsantrag gestellt, nachdem klar wurde, dass das Geschäftsmodell der Volkswirtschaft nicht mehr tragfähig ist. Derzeit sind zwei wichtige zyprische Banken auf Notfallunterstützung der Europäischen Zentralbank angewiesen. Europa hat seine Hilfe angeboten, aber wir verschenken kein Geld. Für die Union war immer wichtig: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Ein Hilfsprogramm kann es nur geben, wenn glaubwürdige Schritte zur Korrektur der Fehler unternommen werden, die ursächlich zur Krise geführt haben. Etwas anderes könnten wir auch unseren Steuerzahlern gegenüber nicht rechtfertigen. Weder Deutschland noch die anderen Eurostaaten sind an den Problemen Zyperns schuld. Die Staatengemein-

schaft ist nach wie vor bereit, Zypern über ein zielgerichtetes Hilfsprogramm zu helfen. Dabei geht es auch darum, die Einlagen der zyprischen Sparer dauerhaft zu schützen. Wenn zyprische Banken Konkurs gehen sollten, dann wären auch die Kleinsparer betroffen, möglicherweise sogar mit ihren gesamten Einlagen. Diesen Zusammenhang bewusst oder unbewusst zu übersehen ist verantwortungslos. Angesichts des großen Finanzbedarfs der zyprischen Banken und des Staates ist ein substantieller Eigenbeitrag Zyperns unverzichtbar. Nur so kann die Staatsverschuldung des Landes mittelfristig wieder abgebaut werden, und nur so hat das Land eine Chance, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Die Tragfähigkeit des Programms ist eine fundamentale Voraussetzung für seinen Erfolg. Es war ausdrücklich nicht Position der Bundesregierung in den Verhandlungen der Eurogruppe am vergangenen Freitag, die Sparer bei den Banken über eine einmalige Abgabe zu beteiligen. Dieser Vorschlag – insbesondere auch die Beteiligung aller Sparer ab dem ersten Euro – kam von Seiten Zyperns. Es ist offenbar das Ziel der zyprischen Regierung, die Großanleger auf Kosten der eigenen Bevölkerung zu schonen. Das sollte die Regierung in Zypern auch ehrlich sagen. Wir vertrauen nun darauf, dass sich die Troika nicht erpressen lässt. Über die genaue Ausgestaltung des Eigenbeitrags von Zypern kann man sicher reden. Es darf aber kein Programm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns geben. Dies wäre nicht zu rechtfertigen und würde sicher keine Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen. Dass sich SPD und Grüne, die vor dem Gipfel am lautesten die Beteiligung auch der Bankeinlagen gefordert haben, nun an die Spitze der Bedenkenträger stellen, zeigt, wie sehr ihr Handeln von Wahlkampfinteressen geleitet ist. Der deutschen Regierung etwas in die Schuhe schieben zu wollen, das sie in keiner Weise zu verantworten hat, ist leicht zu durchschauen. Die SPD lehnt in Zypern die Einmalbeteiligung der Sparer zur Rettung des Staates und der Banken ab. In Deutschland fordert sie die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das passt nicht zusammen!“

Förderung von Forschung und Innovation

„Wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu schaffen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, ist für die Bundesregierung nicht nur ein Ziel für die jetzige, sondern auch für künftige Generationen. Gerade die aktuelle europäische Schulden- und Finanzmarktkrise zeigt eindringlich, wie wichtig dafür stabile makroökonomische Rahmenbedingungen und eine den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit verpflichtete Politik ist“, so die Bundesregierung in ihrem Bericht über „Zukunftspunkte der Hightech-Strategie (HTS-Aktionsplan)“, der an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag zur Debatte stand. Zu Beginn hatte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka gesprochen und die Erfolge in der Bildungs- und Forschungspolitik hervorgehoben: „Deutschland gehört weltweit zu den innovativsten Ländern.“ Das läge an der Entdeckerfreude und der Innovationsfreude der Menschen. Die deutsche Volkswirtschaft sei heute die viertgrößte nach den USA, China und Japan.

Hintergrund: Deutschland ist dank der konsequenten Forschungspolitik der christlich-liberalen Koalition ein Forschungsstandort erster Güte. Die in Deutschland aufgewandten Mittel für Forschung und Entwicklung haben 2011 insgesamt 74,8 Milliarden Euro erreicht, den höchsten Wert seit Gründung der Bundesrepublik. Diese Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Wirtschaft lagen damit um 34 Prozent über dem Vergleichsjahr 2005. Mit einer Forschungs- und Entwicklungsintensität von 2,88 Prozent haben wir im Jahr 2011 die bedeutende Zielmarke von drei Prozent fast erreicht. Nach den USA ist Deutschland das zweitwichtigste Zielland für Investitionen internationaler Forschungs- und Entwicklungsunternehmen. Das führt dazu, dass erstmals mehr als 500.000 Menschen in Deutschland für Forschung und Entwicklung arbeiten – ein Plus von 72.000 Personen seit 2005.

IHKn kommen zur Landesgruppe

Unmittelbar vor ihrer Mitgliederversammlung kamen an diesem Dienstag die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der zwölf Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern mit den Mitgliedern der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag in Berlin zusammen.

Auf das in der vergangenen Woche vom SPD-Parteipräsidium verabschiedete Wahlprogramm angesprochen, betonte der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl: „Steuererhöhungen hat die CDU überhaupt nicht auf dem Plan. Im Gegenteil: Die Abmilderung der Kalten Progression bleibt auf der Agenda; hier muss insbesondere die SPD sich im Bundesrat bewegen.“ Das SPD-Programm enthält eine echte Giftmischung aus Vermögensteuer, Erbschaftsteuererhöhung, Kapitalertragsteuererhöhung und Anhebung der Einkommensteuersätze. Das alles geht zu Lasten unserer vielen mittelständischen Unternehmen und Familienbetriebe.

Hintergrund: Die Bundesregierung hatte in ihrem Eckpunktepapier zum Bürokratieabbau am 14.12.2011 beschlossen, die Aufbewahrungspflichten für Belege nach Handels- und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen. Nach Beratungen mit den Ländern hatte die Bundesregierung am 23. Mai 2012 mit dem Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 eine Regelung auf den Weg gebracht, die eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen zunächst auf acht Jahre, ab 2015 auf sieben Jahre vorsah. Diese Regelung wurde im Deutschen Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP, das heißt unter Ablehnung der SPD und der Grünen am 25.10.2012 beschlossen. Dies wurde im Dezember von den rot-grün regierten Ländern im Bundesrat einstimmig abgelehnt. Eine Einigung im Vermittlungsausschuss konnte nicht erzielt werden. Die seinerzeit im Bundestag verabschiedete Regelung zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen hätte zu einer Entlastung der Unternehmen von insgesamt 2,5 Milliarden Euro jährlich geführt. Zur Blockadepolitik von Rot-Grün im Bundesrat sagte von Stetten weiter: „Wenn Herr Steinbrück die Aufbewahrungspflichten wirklich verkürzen möchte, muss er dafür nicht bis nach der Bundestagswahl warten: Wir stehen bereit, um diese Maßnahme kurzfristig zu beschließen und umzusetzen.“

Zitat:

«Europa muss nicht jede kleine Bude retten.»
(Der Chef des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, hält in der «Saarbrücker Zeitung» eine Staatspleite Zyperns als Alternative zu einem Rettungspaket für verkraftbar.)